

Es ist Zeit für ein Lieferkettengesetz in der EU und Österreich!

Wien, am 3. Februar 2021. Die zivilgesellschaftliche Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ fordert verbindliche Regeln für Unternehmen. „Damit Ausbeutung in der Textilindustrie kein Leiberl hat und uns Kinderarbeit nicht in die Tüte kommt, brauchen wir Regeln für Unternehmen“, fordert Bettina Rosenberger, Koordinatorin der Kampagne [„Menschenrechte brauchen Gesetze!“](#). Die Kampagne wird von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis getragen und fordert ein verbindliches und sektorenübergreifendes Lieferkettengesetz in Österreich und in der EU sowie Unterstützung für das [UN-Treaty](#). „Nachdem Abwarten und Tee trinken den ArbeiterInnen auf den Teeplantagen nicht hilft, rufen wir die PolitikerInnen zum Handeln auf!“, so Rosenberger.

Noch bis 8. Februar kann die [Kampagne](#) für ein EU-Lieferkettengesetz unterstützt werden. Sie wurde initiiert vom Dachverband ECCJ, dessen österreichisches Mitglied das [NeSoVe](#) ist, gemeinsam mit der AK, dem ÖGB, dem Europäischen Gewerkschaftsbund und Friends of the Earth Europe.

In ganz Europa wird derzeit über die verbindliche Regulierung von Unternehmen diskutiert: in Deutschland wird seit Monaten auf Regierungsebene über ein Lieferkettengesetz verhandelt und in der Schweiz fand Ende November die Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative statt. 50,7 % der Stimmberechtigten stimmten in der Schweiz für eine verbindliche Regulierung von Konzernen, allerdings scheiterte die Initiative an der fehlenden Mehrheit der Kantone. „Das Ergebnis der Schweizer Abstimmung hat klar gezeigt, dass zivilgesellschaftlicher Druck wirkt! 130 Organisationen haben in der Schweiz über mehrere Jahre für eine verbindliche Regulierung von Konzernen mobilisiert und erreicht, dass die Mehrheit der Stimmberechtigten dafür abstimmte.“, erklärt Kampagnenkoordinatorin Rosenberger. Auch in Deutschland mobilisiert ein großes zivilgesellschaftliches Bündnis für ein Lieferkettengesetz. „Gemeinsam mit der [deutschen Kampagne](#), der [European Coalition for Corporate Justice](#) (ECCJ) und dutzenden NGOs und Gewerkschaften aus ganz Europa fordern wir ein EU-Lieferkettengesetz!“, ergänzt Rosenberger.

Nähere Informationen zur Kampagne: www.menschenrechtebrauchengesetze.at

Rückfragehinweis:

Bettina Rosenberger

Kampagnenkoordinatorin

„Menschenrechte brauchen Gesetze!“

+43 660 8835409, bettina.rosenberger@nesove.at

c/o Netzwerk Soziale Verantwortung